

zu beseitigen, welche an die Deffentlichkeit des Actes der Hinrichtung geknüpft und mehr oder minder da zu finden sind, wo die große Volksmasse zum Schauen sich vereinigt, scheint nicht möglich, so lange man nicht diese Deffentlichkeit selbst aufheben will: eine Maßregel, welche mit den Forderungen einer Zeit, welche die Deffentlichkeit als Palladium überhaupt in Anspruch genommen, schwer in Einklang zu bringen sein möchte.

Der Herr Antragsteller schlägt vor, künftig die Todesstrafe in einem dem Zudrange der Menge verschlossenen Raume zu vollstrecken und als Zeugen, außer dem Gerichtspersonal, die Stadtverordneten, eine Zahl Vorsteher öffentlicher Anstalten, Landwerksmeister, Familienväter dort zu versammeln und diesen und den Tagesblättern zu überlassen, dem Publicum die Nachricht von der geschmäßigen Vollstreckung des Urtheils zu geben. Er ist dabei der Ansicht, daß der Begriff der Deffentlichkeit ein relativer sei und daß eine geringe Anzahl von Amts- und Berufs wegen versammelten Männern, vollkommen den Character der Deffentlichkeit an sich trage und mehr Glauben verdiene, als der große Haufe der müßigen Zuschauer; indeß ist es wohl klar, daß der Begriff der Deffentlichkeit, in der Meinung des Volkes, ein abgeschlossener ist und daß ein Executionsverfahren, wie das vorgeschlagene, mit dem Character des öffentlichen nie bezeichnet werden würde. Es stehen aber auch noch andere Bedenken dem Vorschlage entgegen. Denn nicht zu gedenken, daß die Maßregel in ihrer Ausführung sehr großen Schwierigkeiten unterliegen, an vielen Orten zur Unmöglichkeit werden würde, ja wegen Deffentlichkeit mitunter zu weit größern Uebelständen führen könnte, als die sind, welche sie beseitigen soll; so dürfte sie den Zweck des Herrn Antragstellers, der auf Entfernung der großen Menge gerichtet ist, nicht einmal erreichen. Denn wird der Tag der Hinrichtung nicht geradezu geheim gehalten, und somit die Hinrichtung im Geheimen vollzogen, und das will auch der Herr Antragsteller nicht, so wird das Zusammenströmen der Volksmenge nach jenem verschlossenen Richtplatze nicht unterbleiben, geschähe es auch nur um den Inquisiten auf seinem letzten Gange aus dem Gefängniß dorthin zu sehen, ja um den Streich führen, das Haupt fallen zu hören. Und so werden auch hier die mit jeder Deffentlichkeit verbundenen Uebelstände wiederkehren.

Dem fernern Vorschlage des Herrn Antragstellers aber, durch äußere Mittel auf das Gemüth des Volkes bei solchen Gelegenheiten zu wirken und zu dem Ende den Act der Hinrichtung mit dem bei Begräbnissen gewöhnlichen Glockengeläute zu beginnen, den öffentlichen Verkehr zu schließen, Schauspiel, Tanz und Lustbarkeiten an dem Tage einzustellen, stehen die oben berührten, von dem Herrn Antragsteller selbst anerkannten, gegen das Ehrende der Hinrichtung eines Verbrechers gerichteten sehr erheblichen Bedenken und zwar in erhöhter Maße entgegen. So löblich alle diese Zwecke an sich sein mögen, so scheinen sie doch der Deputation in unvereinbarem Contraste zu stehen, mit den Verhältnissen und der Lage eines verurtheilten Verbrechers, dem dadurch eine Ehre zu Theil wird, wie man sie in der Regel nur ausgezeichneten Staatsbürgern zu erweisen pflegt. Wenden wir uns nun zu dem Schlufsantrage selbst, so ist der Herr Antragsteller von dem Gesichtspuncte ausgegangen, daß die Vorlage des zu Abstellung der bisherigen Uebelstände bei Vollziehung der Todesstrafe zu erhaltenden Gesetzentwurfs erst bei nächstem Landtage zu erwarten sein werde und er hat deshalb den Wunsch beigefügt, daß bis dahin bei etwa immittelt vorkommenden Fällen, dem Bedürfnisse durch Verordnung genügt werden möge. Auch die Deputation ist darin mit dem Herrn Antragsteller völlig einverstanden, daß bei der Nähe des Landtagschlusses und bei der großen Masse wichtiger, bis dahin noch zu erledigender ständischer Arbeiten, der fragliche Gesetzentwurf, so wünschenswerth es an sich gewesen wäre, zum Gegenstande der Berathung bei gegenwärtigem Landtage nicht gemacht und ein Besuch darauf an die Staats-

regierung nicht gerichtet werden kann. Eines Antrags auf Vorlegung desselben beim nächsten Landtage bedarf es indeß darum nicht, weil die Stände zu dem nächsten Landtage das neue Criminalgesetzbuch zu erwarten haben und in diesem die bisherigen Mängel bei Vollziehung der Todesstrafe, in so weit letztere künftig überhaupt noch gesetzlich fort besteht, ohnehin Abhilfe finden werden. Es bleibt sonach nur noch die Frage übrig, ob die Staatsregierung zu ermächtigen sein dürfte, immittelt durch Verordnung diejenige Veränderung bei Vollziehung der Todesstrafe eintreten zu lassen, die sie selbst beabsichtigt und deren oben Erwähnung geschehen. Zweifel dagegen könnte nur die Erwägung erregen, daß sich die Hegung des hochnothpeinlichen Halsgerichts und ein Theil der dabei stattfindenden Formalitäten, auf die Carolina, mithin auf ein Gesetz gründet und sonach durch ein im verfassungsmäßigen Wege zu erlassendes Gesetz aufzuheben sein möchte. Berücksichtigt man indeß, daß es sich vor der Hand nur um eine interimistische Maßregel und lediglich um die Beseitigung von Formen handelt, von Formen, welche den Forderungen der Zeit nicht mehr entsprechen, dem gegenwärtigen Stande unserer Criminalgesetzgebung fremd und in ihren Folgen, wie die Erfahrung bestätigt, unheilbringend sind, berücksichtigt man ferner, daß die zu substituierende Form von der Regierung bereits mitgetheilt worden, und wie sie vorliegt, als interimistische Maßregel kaum ein Bedenken gegen sich haben dürfte, berücksichtigt man endlich, daß ein großer Theil der bezüglichen Formlichkeiten, soweit er auf bloßer Observanz eines jeden Ortes beruht, im administrativen Wege von der Staatsregierung ohnehin entfernt werden könnte, so dürfte dem Wunsche des Herrn Antragstellers wohl beizupflichten sein.

Und in dieser Hinsicht schlägt die Deputation vor: es möge die hohe erste Kammer, in Vereinigung mit der 2., die Staatsregierung ermächtigen, bis zu dem Erscheinen des Criminalgesetzbuches, die bei Vollziehung der Todesstrafe zeither üblichen, auf die peinliche Gerichtsordnung gegründeten Formlichkeiten in allen vorkommenden Fällen und daher auch in solchen, wo die Untersuchung bereits anhängig ist, durch Verordnung aufzuheben und an deren Stelle das oben unter 1. bis 5. erwähnte einfache Verfahren treten zu lassen.

v. Heynik: Ich bin zwar mit der geehrten Deputation darin einverstanden, bei dem Acte der Hinrichtung jede unnöthige Feierlichkeit zu vermeiden; allein die Begleitung der Geistlichen zum Richtplatze, welche nach dem 4. Puncte des Deputationsberichtes in Wegfall kommen soll, halte ich keineswegs für eine überflüssige Formlichkeit, noch für eine Ehrenbezeugung, vielmehr in sofern für ganz angemessen, denn man sollte doch selbst dem größten Verbrecher, besonders dem reuigen, auf seinem letzten Lebenswege den Trost der Religion gewähren. Ich bin fest überzeugt, daß dies einen guten, und nicht, wie man behauptet, auf die Volksmasse jederzeit einen schlechten Eindruck machen wird.

Prinz Johann: Es wird gewiß niemand leugnen, daß der Act, wo ein Mitglied der menschlichen Gesellschaft zum Besten des Gemeinwohlts verdiensterweise das Leben verlieren soll, mit einer der hohen Wichtigkeit der Handlung angemessenen Feierlichkeit begangen werden muß. Ich kann daher nicht so unbedingt in den Tadel der bei dieser Gelegenheit bisher stattgefundenen Einrichtungen einstimmen. Es liegt in ihnen theils etwas Schauervolles, theils aber auch eine gewisse Pietät. Doch verkenne ich auch die damit verbundenen Nachtheile und die Wahrheit nicht, daß die jetzige Zeit für symboli-